DIE LINKE.
IM REGIONALVERBAND RUHR

Essen, 16.12.2022

Newsletter – Ausgabe Nr. 9

Ruhrparlament beschließt den Haushalt 2023 und Resolution gegen antisemitische Anschläge

Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Leserinnen und liebe Leser,

die Verbandsversammlung des RVR hat am 9. Dezember 2022 gleich zu Beginn zwei wichtige Resolutionen einstimmig verabschiedet: Mit der „Resolution zu den Anschlägen auf jüdische Einrichtungen in der Metropole Ruhr“ hat das Ruhrparlament klare Position gegen Judenfeindlichkeit und Judenhass gesetzt. Die Schüsse auf die Alte Synagoge in Essen, der missglückte Brandanschlag auf die Bochumer Synagoge und die notwendig gewordenen polizeilichen Ermittlungen in Dortmund wegen der Anstiftung zu einem Brandanschlag werden darin als Versuch bezeichnet, das friedliche Zusammenleben der Religionen und Kulturen in der Metropole Ruhr zu schädigen und Misstrauen zu säen. Die von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und FDP eingebrachte Resolution erklärt sich solidarisch mit den jüdischen Gemeinden in der Metropole Ruhr.

In der Resolution „Den Sport in der Metropole Ruhr in schwierigen Zeiten unterstützen“ – eingebracht von SPD, CDU und DIE LINKE – verweist das Ruhrparlament auf die schwierige Lage, in der sich der Breitensport und die Vereine aktuell durch Corona und die Energiekrise befinden. Das Ruhrparlament richtet drei Forderungen an Bund und Land: Fortführung der Investitionspakete zum Abbau des Sanierungsstaus in Sportstätten über 2022 hinaus, die substantielle Integration von Sportvereinen in die energiekostenbezogenen Hilfsprogramme und sportvereinsbezogene Hilfsprogramme. Auch diese Resolution hat die Versammlung bei Enthaltung von Grünen und FDP einstimmig verabschiedet.

Außerdem hat die Verbandsversammlung wie immer am Ende des Jahres über die Maßnahmen in verschiedenen Landesförderprogrammen zum Landestraßenbau, Radwegebau und zur Kulturförderung für 2023 beschlossen. Die letztendliche Entscheidung zur Förderung obliegt aber der Landesregierung. Wie die Diskussion zu den einzelnen Tagesordnungspunkten verlief, kann man im Livestream auf der Startseite des Ruhrparlaments www.ruhrparlament.de unter Ruhrparlaments-TV nachhören.

Zum Ende des Jahres 2022 möchten wir uns schon mal auf diesem Wege für die gute Zusammenarbeit bedanken! Wir wünschen Euch und euren Familien frohe Festtage und ein gutes, glückliches neues Jahr 2023!

Wolfgang Freye, Eleonore Lubitz, Fatma Karacakurtoglu und Gültaze Aksevi und die weiteren sechs Mitglieder der Fraktion

Weiteres aus der 7. Sitzung der Verbandsversammlung

DIE LINKE fordert mehr Kooperation der Städte und lehnt den Haushalt ab, nachdem ihre Anträge abgelehnt wurden

---

Die Reden der Fraktionsvorsitzenden der Koalition, Martina Schmück-Glock (SPD) und Roland Mitschke (CDU), wirkten in diesem Jahr genau wie die Anträge der Koalition zum Haushalt 2023 extrem ambitionslos. Das schien ihr selbst sogar klar zu sein, denn die Koalition begründete ihre „verhaltene“ Antragstellung mit der finanziellen Situation der Kommunen.

Für die Standortmarketingkampagne „Stadt der Städte“ für die „Metropole Ruhr“ wollte sie aber mehr Geld ausgeben und stellte ihr weitere 350.000 Euro zur Verfügung. Dadurch fließen auch im nächsten Jahr erneut 3,1 Millionen Euro in die Kampagne, einer der größten laufenden Ausgabeposten des RVR. Die Kampagne soll ein Teil der Wirtschaftsförderung sein, ihre Effekte hinsichtlich der Ansiedlung von Unternehmen, der Schaffung von Arbeitsplätzen u.a. sind bisher jedoch nicht umfassend evaluiert worden. Mit den bisher verausgabten 19 Mio. Euro hätte der Verband aus Sicht der Fraktion DIE LINKE ganz andere Projekte zur Transformation des Ruhrgebiets anstoßen können.

In der Rede zum Haushalt hat Wolfgang Freye auf ein Grundproblem für die Entwicklung im Ruhrgebiet hingewiesen: Die Chancen zur engeren Kooperation der Städte mit dem RVR und die Übertragung von Aufgaben, die das RVR-Gesetz seit sieben Jahren ermöglicht, werden kaum genutzt. Dabei hat spätestens der Bericht der Gemeindeprüfanstalt von 2020 konkrete Ansätze hierfür aufgezeigt. Ein entscheidender Bremser ist der Kommunalrat, in dem die Oberbürgermeister*innen und Landräte des Ruhrgebiets sitzen und ihre Kirchtürme verteidigen. Von den Vorschlägen der GPA blieb nach seiner Beratung nicht viel mehr übrig als der Vorschlag, die Ausstellung von Jagd- und Fischereischeinen auf den RVR zu übertragen – einem Feld, mit dem der RVR gar nichts zu tun hat. Statt eines Aufgabenkritikverfahren, wie von der Koalition beantragt, forderten wir, im nächsten Jahr endlich zu klären, welche Aufgaben man unter dem Dach des RVR bündeln will. Und dazu gehört aus unserer Sicht auch mehr Kooperation im Bereich Langzeitarbeitslosigkeit und Armut, um hier endlich die „Spitzenposition" des Ruhrgebietes abzugeben.

In unseren 11 direkt finanzwirksamen Anträgen und 7 begleitenden Anträgen hat die Fraktion DIE LINKE auch einige Vorschläge der GPA aufgegriffen, wie die Erarbeitung eines neuen Konzeptes für die Freizeitgesellschaften und die Bäderstruktur der Region oder den Ausbau des Rangerwesens. Darüber hinaus haben wir u.a. die Entfristung von Zeitverträgen beim RVR, deren Zahl im Vergleich zum Vorjahr weiter gestiegen ist, eine nachhaltige IGA-Verkehrsplanung im Bereich ÖPNV sowie eine Studie zur besseren Integration von Langzeiterwerbslosen und Geflüchteten gefordert.

Unsere Anträge im Einzelnen könnt Ihr auf unserer Internetseite unter https://www.dielinke-rvr.de/dokumente1/antraege/detail-antraege/verabschiedung-des-haushaltsplans-2023-hier-veraenderungen-im-haushalt-zur-erfuellung-von-aufgabenstellungen-aus-dem-strategie-und-zielkonzept-des-rvr/ abrufen. Da all unsere Anträge wieder an der Mehrheit von SPD und CDU im Ruhrparlament gescheitert sind, hat die Fraktion DIE LINKE den Haushalt 2023 abgelehnt.

Land bestätigt Rechtsauffassung des RVR – kein Sachlicher Teilplan Rohstoffgewinnung möglich

---

Unter Mitteilungen hat die Regionaldirektorin darüber informiert, dass die Landesplanungsbehörde die Auffassung des RVR bestätigt hat, dass im neuen Regionalplan Ruhr die Abgrabungsbereiche für die Gewinnung von Kiesen und Sanden festgelegt werden müssen und man eine Offenlage im neuen Jahr vornehmen wird.

Wolfgang Freye hat deutlich gemacht, dass er es für wichtig hält, dass man diese Information den Bürgermeistern und dem Landrat direkt zur Verfügung stellt und dass für DIE LINKE der Fall damit nicht geklärt ist. Im Kreis Wesel und den betroffenen Städten hat man offensichtlich nach wie vor eine andere Rechtsauffassung, nach der eine Heraustrennung der Kiesabgrabung als Teilplan aus dem Regionalplan möglich ist. Das Land ist vor dem OVG-Münster schließlich auch mit den Festlegungen zum Kiesabbau im Landesentwicklungsplan gescheitert.

Die Verwaltung hat zugesagt, nach der 3. Offenlage des Entwurfs des Regionalplans in Wesel eine Veranstaltung dazu zu machen. Wir bleiben dran!

Regionale Europakampagne 2023/2024

Die Verbandsversammlung hat beschlossen, im Vorfeld der Europawahl zusammen mit den Kommunen eine Kampagne zu starten, um auf die konkreten Wirkungen der europäischen Struktur- und Förderprogramme im Ruhrgebiet sowie den Mitwirkungsmöglichkeiten aufmerksam zu machen und auf die Wahrnehmung des Wahlrechtes. Die Fraktion DIE LINKE hat die Umsetzung der Kampagne begrüßt, weil es wichtig ist, besonders jungen Menschen zu motivieren, die EU-Wahl 2024 ernst zu nehmen und sich mit den Werten der EU auseinanderzusetzen. Die AfD hat sie mit einer verleumderischen, rechtsextremen Begründung abgelehnt.

Welche Gelder in der letzten Förderperiode von 2014-2022 in die Region und die einzelnen Kommunen geflossen sind, kann man unter https://www.europa.ruhr/services/bilanzierung-eu-foerdermittel/ abrufen.

Leitfaden für das Entwicklungs- und Vermarktungskonzept Regionale Kooperationsstandorte entsteht

---

Die Verbandsversammlung hat beschlossen, dass im März 2023 der Leitfaden zum Einsatz raumordnerischer Verträge zur Entwicklung und Vermarktung der Kooperationsstandorte vorgelegt wird. Die Fraktion DIE LINKE hat die Aufnahme und Erweiterung der Kriterien für die städtebaulichen Qualitäten begrüßt, die teilweise auf unsere Antragstellung im September zurückgehen. Dazu gehören die Verankerung von Fragen der Klimaanpassung und -resilienz, der sparsameren Verwendung von Energie.

Wolfgang Freye hat seine Verwunderung über das Schreiben des Landrates Unna, Mario Löhr, geäußert. Dieser hatte angeregt, die Beschlussfassung zu verschieben und zu überarbeiten, um die kommunale Planungshoheit nicht zu beinträchtigen und genau die Festlegungen zu den Qualitäten der Flächen so nicht anzuwenden. Außerdem hat die Fraktion angeregt, den Beirat Regionaler Diskurs einzubinden. Das wird dazu beitragen, die Kriterien konkret so zu entwickeln, dass sie Qualität sicherstellen.

Kündigung des Vertrages mit der Revierpark Wischlingen GmbH – Strategiediskussion wird im nächsten Jahr notwendig

---

Vor etlichen Jahren hat der RVR die Freizeitgesellschaft Metropole Ruhr GmbH (fmr) gegründet, in die die wesentlichen Freizeitgesellschaften, an denen der RVR beteiligt ist, integriert werden sollten. Nur Dortmund weigert sich seit Jahren, den Revierpark Wischlingen ebenfalls in die Obhut der Dachgesellschaft zu überführen oder wenigstens bei der Geschäftsführung mit der fmr zu kooperieren, wie es der Revierpark Gysenberg in Herne inzwischen tut.

Da die Stadt Dortmund offensichtlich blockiert, hatte die Fraktion DIE LINKE schon mehrfach die Kündigung des Gesellschaftervertrages und den Ausstieg des RVR aus dem Revierpark Wischlingen beantragt, so dass der Revierpark vollständig in der Hoheit der Stadt Dortmund geführt würde. Während diese Anträge bisher immer mehrheitlich abgelehnt wurden, hat die Große Koaliltion diesmal zwei Tage vor der Verbandsversammlung einen eigenen, von den Zielen her identischen Antrag zum Thema eingebracht. Insofern wurde das Anliegen endlich mit großer Mehrheit (außer der Grünen Fraktion) beschlossen. Im Rahmen der Verhandlungen um die Kündigung – die Kündigungsfrist beträgt ein Jahr – soll die Einbindung des Revierparks Wischlingen in die fmr weiter vorrangiges Ziel sein. Die Tür ist also nicht zu, aber die Hinhaltepolitik Dortmunds kann so nicht weitergeführt werden.

Wie zuvor in den Haushaltsreden und der Diskussion ist deutlich geworden, dass auf Grund der angespannten wirtschaftlichen Lage der Freizeitgesellschaften, dem hohen Investitionsstau, dem notwendigen Einsatz erneuerbarer Energien eine erneute Strategiediskussion dringend notwendig ist. Wir werden euch hierzu auf dem Laufenden halten.

Regionales Freizeitmobilitätskonzept geht in die Umsetzung

Nachdem in der letzten Verbandsversammlung die Erarbeitung einer Umsetzungsstrategie für das Freizeit- und Tourismuskonzept des RVR in Auftrag gegeben worden ist, hat die Verbandsversammlung die Ergebnisse des Regionales Freizeitmobilitätskonzeptes zur Kenntnis genommen. Die Ergebnisse sollen nun in 2023 in den Kommunen bekanntgemacht werden und eine Umsetzungsstrategie zur Stärkung des Radverkehrs und des ÖPNV erarbeitet und die Mobilitätsangebote besser vernetzt werden. Schließlich werden im Ruhrgebiet 53 % dieser Wege heute aktuell noch mit dem Auto zurückgelegt.

Koordinationsstelle Digital Health entsteht – Fraktion DIE LINKE lehnt ab

---

Die Fraktion Die LINKE hat zusammen mit der FDP die Finanzierung einer Koordinierungsstelle Digital Health bis 2025 mit insgesamt 650.000 Euro durch den RVR abgelehnt. Die Stelle soll bei der MedEcon Ruhr GmbH angesiedelt werden.

Fatma Karacakurtoglu hat bei der Begründung zur Ablehnung der Vorlage ausgeführt, dass auch für DIE LINKE, die Fragen der Digitalisierung für die medizinische Versorgung besonders wichtig sind, wie man insbesondere in Pandemiezeiten gesehen hat. Die Verantwortung für die Koordination und den Informationsaustausch mit den Kommunen des Ruhrgebietes innerhalb des Projektes liegt aber bei MedEcon Ruhr GmbH und nicht beim Verband. Der RVR hat hierfür keine Zuständigkeiten. Über die Förderung des Projektes durch Bund und Land sollte die Gesellschaft in der Lage sein, die Umsetzung ohne finanzielle Unterstützung des RVR stemmen zu können.

RVR will Ruhrgebietskommunen beim Ausbau des Ganztags unterstützen

---

Auf Antrag der Fraktion DIE LINKE hat sich das Bildungsforum Ruhr 2018 erstmalig mit Fragen des Ganztages in der Region auseinandergesetzt. Auch in diesem Jahr haben drei Fachforen zu den Themen Fachkräfte, Raumausstattung, Sicherstellung des Rechtsanspruches für alle Kinder ab 2026 stattgefunden. Nun hat die Verbandsversammlung mit unseren Stimmen beschlossen zu prüfen, ob man die Kommunen bei der Umsetzung des Rechtsanspruches auf Ganztag unterstützt, um unter anderem auch Bedarfe in Richtung Land zu adressieren.

Fatma Karacakurtoglu hat in ihrer Rede deutlich gemacht, wie wichtig ein solches Angebot für alle Kinder für mehr Bildungsgerechtigkeit, zur Bekämpfung von Armut und Arbeitslosigkeit ist. Seit mehreren Jahren ist klar ist, dass man in den Kommunen des Ruhrgebietes diese Mammutaufgabe nur stemmen kann, wenn Bund und Land entsprechende Voraussetzungen für die Finanzierung baulicher Maßnahmen ebenso wie im Bereich der Ausbildung von Fachkräften schafft. Das soll der RVR unterstützten.

Diskussion um beschleunigten Ausbau der Erneuerbaren Energien auf Verbandsflächen

---

Eine etwas merkwürdige Diskussion lieferten sich die Große Koalition und die Grünen zum Ausbau erneuerbarer Energien auf Flächen des RVR. Denn obwohl es hierzu bereits einige Beschlüsse gibt und ein umfassender Bericht der Verwaltung zum aktuellen Sachstand deutlich machte, dass der Verband recht weit in der Umsetzung ist, hielten beide eigene Anträge aufrecht, die

mehr ein „Glaubensbekenntnis“ ablegen sollten. Wolfgang Freye merkte dazu an, dass es offensichtlich um ein politisches Schauwettrennen geht, beide Anträge kaum konträr sind und die Umsetzung sowieso schon läuft.

Aus Sicht der Fraktion muss es darum gehen, dass die Konzepte zur schnellen Errichtung von z.B. Windkraftanlagen vor allem dazu beitragen, die Akzeptanz von solchen Anlagen unter den Bürgerinnen und Bürgern zu erhöhen. Dazu sind Betreibermodelle wie Genossenschaften, kommunale Trägerschaften und Beteiligungsformen gegenüber den Anwohner*innen sinnvoll. Die Verwaltung hat deutlich gemacht, dass hierfür ein deutlich höherer Personalbedarf von Nöten wäre. Dem hätte die Große Koalition nachkommen können, wenn sie unseren Vorschlägen zur Entfristung von Stellen in dem entsprechenden Referat und zur Schaffung neuer Stellen zum Haushalt 2023 zugestimmt hätte … Das hat sie aber nicht.

Anträge, Anfragen, Pressemitteilungen und weitere Informationen sind unter **DIE LINKE. im RVR** zu finden.

DIE LINKE im Regionalverband RUHR (RVR) jetzt auch bei Facebook: @DieLinke.RVR

Wenn Sie das Abonnement beenden möchten, bitte eine Mail mit dem Betreff: „Abmeldung Newsletter“ an dielinke@rvr.ruhr

Impressum: DIE LINKE im RVR, Kronprinzenstraße 35; 45128 Essen. V.i.S.d.P. Heike Kretschmer
Telefon: (0201) 2069-325 – e-Mail: dielinke@rvr.ruhr – Internet: www. dielinke-rvr.de